

Gustav Noske

Kurt von Schleicher

Die erste und die letzte Chance für die Weimarer Republik

Von

Hans-Dieter Nahme

Vorwort

Zwar bin ich nicht der erste Jurist, der sich auf das Gebiet der Historie wagt; aber ich habe tatsächlich ein ganzes Berufsleben lang bis über die übliche Pensionsgrenze hinaus den Beruf des Rechtsanwalts und Notars ausgeübt, bin auch überregional und übernational tätig gewesen. Viel Zeit für Geschichtsstudien war mir dabei nicht geblieben. Allerdings war ich von meiner Kindheit an, die bis in die Zeit der Weimarer Republik zurückreicht, immer an Geschichte interessiert, insbesondere an der deutschen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert.

Ein Kindheitseindruck hat mir Kurt von Schleicher, General und Reichskanzler, in der Erinnerung bleiben lassen: Ich war acht Jahre alt. Der neue Reichskanzler Schleicher hielt eine Rundfunkansprache, das Radio lief, ich war meist allein im Zimmer. Von den politischen Zusammenhängen verstand ich noch wenig, war aber schon sehr interessiert daran und habe aus der Weimarer Republik auch Eindrücke für mein Leben mitbekommen. Einige auffällige Formulierungen waren mir aus der Schleicher-Rede immer im Gedächtnis geblieben, so dass er „nach Militärdiktatur rieche“ und dass er die Reichswehr auch „mit Pappgewehren (oder so ähnlich) ausrüsten“ würde, wenn die Anderen das ebenso täten.

Was das für eine Rede gewesen war, wusste ich lange Zeit nicht mehr. Aber so war mir Schleicher von Kindheit an ein Begriff. Jahrzehnte später fand ich bei Eyck (Geschichte der Weimarer Republik, II) die Passage: *Schleicher erkannte den Fortschritt, den Deutschland in der Abrüstungsfrage gemacht hatte, in einer großen Rundfunkansprache an, die er am 15. Dezember (1932) an das deutsche Volk richtete.* Je mehr ich mich später mit Schleicher

beschäftigte, desto mehr gewann ich die Überzeugung, dass es lohnend ist, sich näher mit ihm zu befassen.

.....

War Schleicher ein Intrigant, wie es ihm schon zu seiner Wirkungszeit nachgesagt wurde, oder eher ein unermüdlicher Patriot? War er ein Zyniker oder seiner Natur nach eher von heiterer, humorvoller Wesensart? Unbestritten ist seine außerordentliche Intelligenz; aber hat sie ihn vielleicht arrogant werden lassen? Für die historische Bewertung sind diese Fragen nachrangig gegenüber der, ob er Hitler den Weg bereitet hat. Bei allen diesen Fragen scheint die (noch?) vorherrschende Meinung mehr zu der jeweils negativen Beurteilung zu neigen. Der aus Schottland stammende amerikanische Historiker Gordon A. Craig, der in Deutschland gelebt und gelehrt hat, sieht dagegen in Schleicher *Hitlers fähigsten und gefährlichsten Widersacher* (Craig, Deutsche Geschichte 1866-1945, Beck 1980). Friedrich-Karl von Plehwe sieht in ihm *Weimars letzte Chance gegen Hitler* (so der Untertitel seiner Biographie, Ullstein 1990).

.....

Bei der Beschäftigung mit Schleicher bin ich zwangsläufig tiefer in die Geschichte der Weimarer Republik insgesamt eingestiegen und dabei natürlich auch auf ihren Anfang 1918 und auf Gustav Noske gestoßen. *Sozialdemokraten haben die Revolution von 1918 verraten, und das war eine entscheidende Ursache für den späteren Untergang der Weimarer Republik* - so etwa lautet eine der Stereotypen bei der Beurteilung des Anfangs und des Endes der deutschen Demokratie 1918 - 1933. Beispielhaft für eine weit verbreitete Beurteilung der deutschen Revolution 1918/19 ist die hunderttausendfach aufgelegte Darstellung von Sebastian Haffner, erstmalig in der 1968er Zeit als Serie in der Illustrierten „stern“ und danach mehrfach als Buch unter den Titeln „Der große Verrat“, „Die verratene Revolution“ und anderen.

In solcher Sicht spielt der Sozialdemokrat Gustav Noske bis heute eine herausragende negative Rolle. Als am 23. Januar 2002 die FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin beantragte, statt eines weiteren Denkmals zu den in Berlin schon bestehenden 13 Denkmälern und Gedenkstätten für Rosa Luxemburg eins für Gustav Noske zu errichten, erwiderte die kulturpolitische Sprecherin der Grünen: *Es ist wichtig, sich mit der unrühmlichen historischen Rolle von Gustav Noske zu befassen, denn seine weitreichende politische Wirkung muss beleuchtet werden. Die Schlussfolgerung aber ist klar: dem Bluthund gebührt kein Denkmal!*

Das entspricht seiner Bewertung insbesondere durch die Kommunisten, aber auch weit darüber hinaus in dem linken Spektrum bis in die sozialdemokratische Partei hinein. Dagegen steht seine Bewertung als der Mann, der zusammen vor allem mit Friedrich Ebert Deutschland vor den Gräueln und dem Chaos der russischen Revolution und letztlich vor dem Bolschewismus bewahrt hat.

Wenn ich bei der Beschäftigung mit Noske häufig die politischen Biographie Noskes von Wolfram Wette zitiere und mich mit den Wertungen gelegentlich kritisch auseinandersetze, so weil dies die umfangreichste und die einzige auf so umfassendem historischen Material beruhende biographische Gesamt-Behandlung des Themas Noske und dazu eine mit deutlicher Tendenz ist. Auch wenn man selbst kein Historiker ist, muss man sich unausweichlich damit auseinandersetzen, wozu der Leser von Wettes Werk in der merklich distanzierten Einführung des Herausgebers ja auch ausdrücklich aufgefordert wird.

.....

Der Verfasser

Inhalt

Vorwort

I. Gustav Noske

1. Der Werdegang

Korbmacher-Lehre, Holzarbeiter-Gewerkschaft, Redakteur – sozialdemokratischer Experte für Heeres- und Marinefragen im Reichstag – die SPD stimmt für die Kriegskredite, und mit Liebknecht spaltet sich die USPD ab – Noskes Reichstagsreden im Krieg – erste Begegnung mit General von Lüttwitz – Waffenstillstand und Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett

2. Einsatz in Kiel

Noskes grundsätzliche Einstellung zur Revolution – von den Aufständischen und von den Offizieren gleichermaßen als Führungsfigur anerkannt, Gouverneur in Kiel – Ruf nach Berlin

3. Die gebändigte Revolution

Scheidemann ruft die Republik aus, Ebert Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten – das Bündnis Eberts mit der Obersten Heeresleitung – die Weihnachtsunruhen, Kämpfe um Schloss und Marstall

4. Der erste Reichswehrminister

Spaltung im Rat der Volkskommissare – spartakistisch-kommunistischer Aufstand im Januar 1919 – „*einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht*“ – Exzesse der Freikorps, Tötung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs – Wahlen zur Nationalversammlung in Weimar – Aufstände und Militäreinsätze in vielen deutschen Städten – Probleme des Aufbaus einer Reichwehr – Noskes hartes Vorgehen

5. Versailles

Wilson's vierzehn Punkte – Entsetzen über die Vertragsbedingungen – Zurückweisung jeglicher Vorbehalte, Ultimatum durch die Siegermächte – Ringen um Annahme oder Ablehnung – Einstellung der Wehrmacht – Noske Militärdiktator? – Groener empfiehlt Annahme des Vertrages, wenn Noske das vor der Wehrmacht vertritt – Vertragsannahme und Noskes Aufruf – „...*kann bis an sein Lebensende nicht wieder froh werden*“ – Folgen für die Stimmung in Deutschland

6. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Innerparteiliche Opposition gegen Noske – Reichswehr unter Entlassungsdruck – Auseinandersetzung Eberts und Noskes mit Lüttwitz – Putschanzeichen und Noskes Maßnahmen – Konferenzen am Abend des 12. März 1920 und in der Nacht, Entscheidung zum Rückzug – Regierung in Dresden und Stuttgart – Generalstreik und Zusammenbruch des Putsches – innerparteiliche Vorstöße gegen Noske, Eberts Bemühen, sie abzuwehren

7. „Der Feind steht rechts“

Scheidemanns „Schlachtruf“ – Bürgerkrieg in Westdeutschland, „Rote Ruhr-Armee“ – Vereinigung der USPD mit der SPD und Stimmenverluste, Stimmengewinne der Parteien weiter rechts und links – „wen die Götter verderben wollen ...“

8. Oberpräsident in der Provinz Hannover

Die preußische Provinz Hannover – das dramatische Jahr 1923 – letzte blutige Auseinandersetzung in Hannover – Noskes Vorstellungen von einer Gliederung des Reiches – Eberts Beleidigungsprozesse und sein Tod – Hindenburgs Verabschiedung aus Hannover – Noskes Schützenfestansprachen – Kandidaturen Noskes für den Reichstag werden innerparteilich unterbunden – vielfältige Würdigung Noskes anlässlich seines 60. Geburtstages – Schleichers vergebliche Versuche, Hitler zu verhindern

9. Im Ruhestand

Empfang bei Göring – Noskes sofortige Beurlaubung - Entlassung vier Tage vor dem normalen Ende seiner Amtszeit – Umzug nach Frankfurt – Besuchsreise in die USA

10. Anmerkungen und Gedanken

Zur Person

Zur Sache

II. Kurt von Schleicher

1. Im Generalstab

Das 3. Garderegiment zu Fuß – die Revolution – politischer Referent General Groeners – Beginn der Zusammenarbeit mit Reichspräsident Ebert – das programmatische Schreiben vom 27. Juni 1919

2. Im Reichswehrministerium

Konservative und Sozialdemokraten in der Pflicht und der Verantwortung für den Staat – Ebert und Noske – Putsche und Umsturzversuche, das Jahr 1923 – militärische Kontakte mit der Sowjetunion – Eberts Tod und Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten – Schleichers Dienststelle, seine Mitarbeiter und seine politische Orientierung

3. Ministeramt

Hermann Müller (SPD) letzter parlamentarischer Reichskanzler – Erwin Plancks Erfahrungen in der Reichskanzlei – Schleicher präsentiert Brüning als Kanzler einer Präsidialregierung – Wiederwahl Hindenburgs – Hitlers Aufstieg – der Konflikt zwischen Schleicher und Groener – die Rolle Hindenburgs – Brünings Sturz – Schleicher wehrt sich gegen Brünings Intrigen-Vorwürfe

4. Reichswehrminister

Schleicher präsentiert Papan – 103 Tote bei politischen Auseinandersetzungen – der „Preußenschlag“ und sein verfassungspolitischer Hintergrund – Schleicher wendet sich mit grundsätzlichen Ausführungen an die Öffentlichkeit – Hitlers „Alles oder Nichts“ und Hindenburgs Ablehnung – Adenauer warnt vor Hitler und sucht Kontakt mit Schleicher – rasante Zunahme der Nationalsozialisten, Hitler nahe der Macht und in der Krise – mehr als 90% gegen Papan im Reichstag - Schleicher strebt ein Kabinett auf breiter Grundlage, gestützt von Gewerkschaften und Reichswehr, an

5. Reichskanzler

Echo auf die Ernennung Schleichers zum Reichskanzler – „der soziale General“ – Schleichers große Rundfunkansprache – Schleicher und der Kronprinz – Schleicher und Strasser; verhängnisvolle Rolle Brünings? – Papan's Konspiration mit Hitler – Konflikt Schleichers mit dem Reichs-Landbund und ostpreußischen Grundbesitzern – Hugenbergs Deutschnationale gegen Schleicher – Führung der SPD unterbindet Kontakte sozialdemokratischer Gewerkschaftler mit Schleicher und des sozialdemokratischen „Reichsbanner“ mit der Reichswehr – Hindenburg lässt Schleicher im Stich und setzt auf Papan – letzte Versuche Schleichers, der Reichswehr-Führung und Kleist-Schmenzins, Hitler zu verhindern – Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler

6. Urteile über die Person Schleichers

III. Gedanken über Schleichers „Querfront“ und das „System Noske“

IV. Die folgenden 17 Monate

Reichstagsbrand und beginnender Terror – Schleichers Rückzug ins Private – die schwarz-weiß-rote Opposition - Bestrebungen Röhm und der SA – der blutige Schlag vom 30. Juni 1934

IV. Nachtrag

Das Ende der Offiziere aus Schleichers Umgebung, Erwin Plancks, Kleist-Schmenzins und Noskes

Im Text zitierte Quellen und Literatur

Personenverzeichnis

I. Gustav Noske

Leseprobe aus dem Kapitel „Der Werdegang“

Sein Vater war Weber, seine Mutter Arbeiterin. Von 1874-1882 besuchte er erst die Volksschule, dann die etwas anspruchsvollere so genannte Bürgerschule. Die Schulen behielt er als Drillanstalten in Erinnerung. Die Fabrikarbeit lernte er durch seine Mutter kennen, an deren Arbeitsplatz er häufig seine Schularbeiten machte und der er danach an der Haspelmaschine half. Sein Werdegang von Kindheit an könnte typischer für einen Sozialdemokraten aus dem 19. Jahrhundert kaum gedacht werden. Sein Vater, der sich allerdings keineswegs als Proletarier empfand, war Mitglied in dem Lassalleschen Allgemeinen Arbeiterverein. Es war die Zeit, in der die Arbeiterbewegung mit dem Bismarckschen Sozialistengesetz bekämpft wurde. Aber in der Familie empfing der junge Gustav viel Liebe. Er bringt das in einer für ihn wohl typischen Weise zum Ausdruck mit dem trockenen Satz: *Da ich außerordentlich gütige Eltern hatte, war meine Jugend trotzdem nicht freudlos¹.*

Leseprobe aus dem Kapitel „Der erste Reichswehrminister“

In seinem „Gouvernementsbefehl“ vom 11. November hatte Noske noch die „eine einige fest gefügte Sozialdemokratie“ beschworen. Als er nun keine zwei Monate später nach Berlin kam, hatte sich die Lage grundlegend geändert. Das Bürgertum machte zwar immer noch „keine Schwierigkeiten“; aber von einer „einigen fest gefügten Sozialdemokratie“ konnte keine Rede mehr sein. Naturgemäß gaben die radikalen Sozialisten daran Ebert, Scheidemann

¹ Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, S.2 ff.

und den Mehrheits-Sozialdemokraten, bald vor allem Noske die Schuld, und diese Sicht der Dinge ist auch heute noch – oder heute wieder - verbreitet. Noske schreibt dagegen: *Zum entsetzlichen Schaden des deutschen Volkes haben die Unabhängigen die Einheitlichkeit der Arbeiterklasse sehr bald wieder zerstört und dadurch die Schuld für unendliche Wirren und vieles Blutvergießen auf sich geladen.*

Soweit von „Schuld“ die Rede sein kann, wird die Beurteilung zwangsläufig subjektiv bleiben. Was sich aber objektiv feststellen lässt, sind die Tatsachen, dass es die radikalen Sozialisten waren, von denen schon die Weihnachtsunruhen ausgegangen waren, dass die nun bald darauf folgenden Unruhen ebenfalls von ihnen ausgingen und dass sie von den „Unabhängigen“ mit geschürt wurden. Objektiv lässt sich auch feststellen, dass die ganz große Mehrheit des Volkes die Revolution in der Form, wie die „Unabhängigen“ und vor allem die Spartakisten sie wollten, entschieden ablehnte. Das sollte sich bald bei den Wahlen zur Nationalversammlung zeigen.

Bis es dazu kam, überschlugen sich in Berlin die Ereignisse. Wenige Tage nachdem die „Unabhängigen“ die Koalition mit den Mehrheits-Sozialdemokraten verlassen hatten, wurde die Kommunistische Partei gegründet. Sie setzte sich im Wesentlichen aus den bei den „Unabhängigen“ entstandenen Spartakisten und den von Bremer und Hamburger Linksradikalen gebildeten „Internationalen Kommunisten“ zusammen². Zur Gründung der Partei war der aus Deutschland stammende Mitarbeiter Lenins, Karl Radek, aus Moskau angereist, und die Sowjetregierung riet der Partei, sich keine Nationalversammlung „aufschwätzen zu lassen“³.

Die neue Partei und die Spartakisten beschlossen – jetzt gegen den allerdings nur taktisch gemeinten Widerspruch Rosa Luxemburgs -, die inzwischen auf den 19. Januar 1919 angesetzten Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren und bereitete damit den Putsch gegen die Sozialdemokratische Regierung vor. Am 5./6. Januar kam es auf Beschluss der USPD und anderer revolutionärer Gruppen zu einer Massendemonstration, die völlig außer Kontrolle geriet. Das Wolffsche Telegraphenbüro, die Verlagshäuser von Ullstein und Scherl, auch Redaktionen wie die des sozialdemokratischen „Vorwärts“ und des linksliberalen „Berliner Tageblatts“ sowie noch weitere Gebäude wurden besetzt.

.....

Noske beschreibt die dramatische Entscheidung vom 6. Januar 1919: *In ziemlicher Aufregung, denn die Zeit drängte, auf der Straße riefen unsere Leute nach Waffen, stand man im Arbeitszimmer Eberts umher. Ich forderte, dass ein Entschluss gefasst werde. Darauf sagte jemand: „Dann mach Du doch die Sache!“ Worauf ich kurz entschlossen erwiderte: „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht“⁴. Der Ausdruck „Bluthund“, der seitdem das Etikett ist, das Noske bis heute anklebt, stammte gar nicht von ihm. Schon gleich nach dem Rücktritt der drei „Unabhängigen“ aus dem Rat der Volksbeauftragten hatte Scheidemann im Zusammenhang mit der Wahl der neuen Regierungsmitglieder gesagt, nicht jeder wolle in diesen Hexenkessel hineingehen, in dem jeder in der Gefahr stehe, zum Bluthund zu werden⁵. Daran knüpfte Noske an. Nun war es soweit. Einer musste es werden.*

.....

Da der Aufruf zur Bildung von mehr sozialdemokratisch geprägten Bürgerwehren kaum Resonanz gefunden hatte und mit den wenigen zerstreuten Kräften die Lage nicht mehr unter

² Winkler, Bd. I, S.387 f.

³ Ernst Nolte, Die Weimarer Republik, S. 51/52 und 54

⁴ Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 68

⁵ Wette, S. 287

Kontrolle zu bekommen war, griff auch er auf die verbliebenen regulären Streitkräfte unter dem Befehl des Generals Walter Freiherr von Lüttwitz zurück, verstärkt durch Freiwillige. Er hatte Lüttwitz ja schon während des Krieges in Brüssel kennen gelernt. Am 11. Januar rückte Noske an der Spitze von 3000 Mann von Dahlem aus nach Berlin ein und zog über die Potsdamer, die Leipziger Straße, die Wilhelmstraße und den Tiergarten durch die Stadt, ohne auf nennenswerten Widerstand, streckenweise dagegen auf den Jubel der erleichterten Bevölkerung zu stoßen. Anderswo gab es jedoch Kämpfe, bei denen auch Maschinengewehre und Flammenwerfer eingesetzt wurden. Die Auseinandersetzungen zogen sich bis wenige Tage vor dem 19. Januar, dem Tag der Wahlen zur Nationalversammlung, hin. Sie forderten über hundert Tote bei den Aufständischen und über ein Dutzend Tote bei den Streitkräften.

Unter den Toten waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Aber sie waren nicht bei Kämpfen umgekommen, sondern aufgespürt, verschleppt und von Angehörigen regulärer Streitkräfte umgebracht worden. Der Abscheu über diese Tat reichte weit über die Anhänger Luxemburgs und Liebknechts hinaus. Allerdings gab es bis in sozialdemokratische Kreise hinein auch das Gefühl einer gewissen Erleichterung. Tausende hatten tagelang in Angst und Schrecken gelebt, und Liebknecht und Luxemburg hatten als die herausragenden Unruhestifter willentlich oder unwillentlich einen entscheidenden Anteil daran gehabt. Scheidemann hatte übrigens schon im Oktober 1918 Liebknecht einmal einen „typischen Bolschewisten“ genannt⁶.

Winkler schreibt⁷: *Die ermordeten kommunistischen Führer waren mitverantwortlich für das Blut, das während der Januarkämpfe vergossen wurde. Das galt vor allem für Karl Liebknecht, der wider alle Vernunft zum Sturz der Regierung aufgerufen hatte. Rosa Luxemburg pries die revolutionären Massen, obwohl diese der besseren Einsicht der sozialistischen Theoretikerin strikt zuwiderhandelten. Der Berliner Januaraufstand war der Putschversuch einer radikalen Minderheit. Wäre er nicht niedergeworfen worden, hätte sich der Bürgerkrieg über ganz Deutschland ausgebreitet und eine alliierte Intervention ausgelöst.*

.....

Aus den Wahlen zur Nationalversammlung, die dann am 19. Januar 1919, also unmittelbar nach den dramatischen Vorgängen in Berlin stattfanden, ging die SPD, die Partei der Mehrheits-Sozialdemokraten, als die bei weitem stärkste hervor. Sie wurde fast doppelt so stark wie das Zentrum als zweitstärkste Partei und erhielt annähernd so viele Stimmen wie dieses und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei als drittstärkste zusammen. Die USPD fiel noch hinter die monarchistische Deutschnationale Volkspartei zurück, die als viertstärkste selbst nur knapp über 10 % der abgegebenen Stimmen erlangt hatte. Ebert wurde Reichspräsident, Scheidemann Reichskanzler. Dennoch waren die Sozialdemokraten enttäuscht, weil die sozialistischen Parteien zusammen mit der Zahl ihrer Stimmen hinter der Summe der Stimmen der bürgerlichen und der konservativen Parteien zurückgeblieben waren. Die „Unabhängigen“, aus deren Reihen gerade noch der Aufstand geprobt worden war, hatten nicht einmal 8 % der Stimmen errungen.

In diesem Ergebnis wird zuweilen mangelndes Vertrauen in Ebert und seine Regierung gesehen. Warum eigentlich? Die einwandfrei demokratisch-republikanischen Parteien (ohne die USPD und ohne die Deutschnationalen, obwohl die ja ebenfalls nicht durchgehend radikal waren) hatten mehr als eine Zweidrittelmehrheit erzielt, und das bei einer Wahlbeteiligung von über 80 % ! So sieht Eyck auch die Wahl als Vertrauensbeweis für Ebert⁸. Das hätte doch eigentlich ein guter Anfang sein können und war jedenfalls eine deutliche Absage an alle

⁶ Wette, S. 281

⁷ S. 390

⁸ Eyck, Bd I, S. 91; anders Craig, XI. 2

radikalen Kräfte rechts und links. Wieso lassen die Kritiker Eberts, Noskes und anderer führender Mehrheits-Sozialdemokraten diese eindeutige Willensbekundung des Volkes unberücksichtigt und neigen zu den Radikalen, die sich nicht damit zufrieden gaben? Tatsächlich setzten sie die Unruhen und Aufstände nun fort.

Leseprobe aus dem Kapitel „Der Kapp-Lüttwitz-Putsch“

Tatsächlich hatte Lüttwitz Kontakte zu dem auch innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei weit rechts stehenden zivilen ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Kapp und dem früheren Berliner Polizeipräsidenten von Jagow unterhalten, die Beide einen Sturz der Regierung anstrebten. Doch hatte Lüttwitz sich solchen Ansinnen gegenüber bisher verschlossen. Nun bahnte sich ein Konflikt an. Lüttwitz widersetzte sich einer Auflösung der Marinebrigaden. Darauf verfügte Noske, die Marinebrigaden dem Kommando von Lüttwitz zu entziehen. Am Mittwoch, dem 10. März, empfing Reichspräsident Ebert den General von Lüttwitz in Anwesenheit von Noske und der Generale von Oldershausen und von Oven. Lüttwitz forderte, dass die Truppenverminderung eingestellt werde und dass die von Noske einige Tage zuvor verfügte Entlassung zweier Generale rückgängig gemacht werde, dagegen der General Reinhardt, der loyal zur Regierung gestanden hatte, als Chef der Heeresleitung abgelöst werde.

Darüber hinaus vertrat er diesmal auch Forderungen, wie sie seit einiger Zeit von den Deutschnationalen erhoben wurden, nämlich Reichstagswahlen und Wahl des Reichspräsidenten (wovon man sich eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung und womöglich auch einen anderen Reichspräsidenten versprach), sowie die Ersetzung einiger politischer Minister durch Fachminister. Während Ebert die Forderungen in seiner ruhigen Art zurückwies, verwahrte sich Noske energisch gegen ein „Pronunziamento der Offiziere“ und teilte dem General mit, dass ihm das Kommando über die Marinebrigaden entzogen worden sei. Ebert und von Oldershausen erwarteten nach dieser Unterredung, dass General von Lüttwitz am nächsten Tage um seinen Abschied nachsuchen werde.

Am Donnerstag, dem 11. März, gingen Noske jedoch Nachrichten über Umtriebe des Generallandschaftsdirektors Kapp und des ein Jahr zuvor noch von ihm geschätzten, dann aber entlassenen ehemaligen Hauptmanns Waldemar Pabst zu. Noske ersuchte den Polizeipräsidenten, Beide und zwei weitere Offiziere zu verhaften. Er war seiner Sache allerdings noch nicht ganz sicher, und der zuständige Regierungsrat beim Polizeipräsidenten schien auch Bedenken zu haben. Jedenfalls verzögerte er die Ausführung, und Kapp wie Pabst konnten sich der Verhaftung entziehen.

Am Freitag, dem 12. März, berichtete Noske in einer am Nachmittag begonnenen Kabinettsitzung von den Anzeichen für einen bevorstehenden Militärputsch und den von ihm veranlassten Verhaftungen. Die anderen Teilnehmer beurteilten die Situation aber noch nicht so ernst, und der Innenminister Koch vermerkte „Hoffentlich hat Noske hinreichende Grundlagen für seine Verhaftungen“. Nur der Justizminister und Vizekanzler Schiffer von der Deutschen Demokratischen Partei sah die Lage kritischer. Er hatte am Nachmittag zuvor etwas von Reaktionen Lüttwitzens auf die Auseinandersetzung mit Ebert und Noske gehört. Vorsorglich hatte Noske den Marinebefehlshaber Admiral von Trotha ersucht, sich in dem Lager in Döberitz umzusehen. Trotha berichtete, dort sei alles ruhig. Er hatte allerdings seinen Besuch vorher telefonisch angekündigt. Die Kabinettsmitglieder hielten den Bericht für „objektiv zum mindesten zweifelhaft“ und stimmten Noske zu, weitere Beobachter nach

Döberitz zu entsenden. Mit diesem Kenntnisstand wurde die Sitzung gegen 21 Uhr geschlossen.

Noske entsandte nun die Generale von Oldershausen und von Oven. Inzwischen hatte er Meldungen erhalten, dass die Marinebrigade Ehrhardt zum Ausrücken antrete⁹. Die Generale konnten nichts mehr ausrichten, brachten vielmehr ein Ultimatum des Kapitäns Ehrhardt mit, das u.a. die Forderungen nach der Berufung von Fachministern, auch eines Generals anstelle von Noske, sowie der Wiedereinsetzung des Generals von Lüttwitz und Straffreiheit für die an dem Putsch beteiligten Personen enthielt. Nun kam es zu zwei entscheidenden nächtlichen Kabinettsitzungen, von denen häufig nur eine erwähnt und daraus nur berichtet wird, General von Seeckt habe mit der Erklärung „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“ den Einsatz der Reichswehr gegen die Putschisten verweigert. Dieser Satz ist gefallen; aber es lohnt sich, die beiden Berichte über die Sitzungen und den Satz in seinem Zusammenhang zu lesen. Noske berichtet:

In meinem Zimmer saßen und standen General Reinhardt, mein Stabschef Major von Gilsa, die Generale von Seeckt, von Oldershausen, von Oven, Admiral von Trotha, mehrere andere Offiziere und der Ministerialdirektor Rauscher. Die Folgen des Putsches setzte ich den Herren kurz auseinander. Die Marine gebe dem Reiche vielleicht den Rest, das Offizierskorps könne sich als erledigt betrachten. Doch dürfe man auch den Mut nicht sinken lassen. Meiner Aufforderung, zu den Truppen zu gehen und sie zum Kampf zu führen, wollten jedoch nur General Reinhardt und Major von Gilsa entsprechen. Die übrigen Herren machten Einwände, Reichswehr werde nicht auf Reichswehr schießen, Polizeioffiziere habe man auf dem Wege nach Döberitz gesehen; der Kampf würde höchstens zu einem fürchterlichen Blutbad führen, mit einer unvermeidlichen Niederlage für die zu schwachen Berliner Truppen. Mit einem Gefühl tiefsten Ekels brach ich die Verhandlung ab, rief den Reichskanzler und den Reichspräsidenten an und schlug vor, das Kabinett zusammenzurufen, das entscheiden möge, was zu tun sei.

.....

Die Besprechung mit den Offizieren hatte auch noch gar nicht zu einer Entscheidung geführt. Noske empfand Ekel über die Bedenklichkeit der Offiziere; aber entscheiden sollte nun das Kabinett. Gegen 2.00 Uhr in der Nacht auf Sonnabend, den 13. März, rief der von Noske ins Bild gesetzte Reichskanzler Bauer die Kabinettsmitglieder zu einer weiteren Sitzung zusammen, und Reichspräsident Ebert kam ebenfalls hinzu. General Reinhardt, der Chef der Heeresleitung, teilte die Zweifel an der Einsatzbereitschaft der Regierungstruppen nicht. Über Verlauf und Ergebnis der Besprechung berichtete er später:

Die Beratung lief erregt und ohne strenge Debatten-Ordnung im wesentlichen auf die Beantwortung folgender Fragen hinaus:

- 1. Sollen die Ehrhardtschen Forderungen angenommen werden?*
- 2. Soll überhaupt mit Ehrhardt verhandelt werden?*
- 3. Soll Ehrhardt mit der Waffe bekämpft werden?*
- (4. und 5...)*

Aus dem Hin und Her der Meinungen ergab sich zu 1 und 2 Ablehnung, zu 3 Ablehnung auf Grund der von Reichswehrminister Noske dargelegten Auffassung der Generale von Oven, von Oldershausen und von Seeckt, die von einem nach ihrer Ansicht gegen die Ehrhardtschen überlegenen Angreifer hoffnungslosen Verteidigungskampf abgeraten hatten. Ich hatte am vorhergehenden späten Abend einzelne Führer der Verteidigungstruppen an ihre ernsten Pflichten gemahnt und die Überzeugung, dass sie diese den Meuterern gegenüber erfüllen

⁹ Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 208, weiter S. 209 f.

würden. Ich schätzte zwar die Erfolgsaussichten für das Festhalten der Wilhelmstraße gleichfalls nicht hoch ein, hielt aber einen örtlichen Misserfolg für weniger schädlich und eher in Kauf zu nehmen als ein kampfloses Preisgeben der Regierung mit seinen schweren Rückwirkungen auf das ganze spätere Verhältnis zwischen Regierung, Reichswehr und Volk.

.....

Den Ausschlag für die Entscheidung des Kabinetts, die Regierungstruppen zurückzuziehen, gab also die auch von Reinhardt gesehene Gefahr, dass ein Kampf gegen die Putschtruppen erfolglos bleiben werde. So wurden die regierungstreuen Truppen vor dem inneren Konflikt bewahrt, entweder auf ihre Kameraden zu schießen oder ihren Eid auf die verfassungsmäßige Regierung zu brechen. Ein Gesichtspunkt war dabei auch, dass diese Truppen dann nach „dem zu gewärtigenden baldigen Zusammenbruch des Abenteuers für später sofort wieder verwendungsfähig“ sein würden¹⁰. Zugleich wurde beschlossen, mit der Regierung nach Dresden auszuweichen, um eine Verhaftung der Regierungsmitglieder zu vermeiden. In dem Bericht des Generals Reinhardt heißt es dazu: *Die Sitzung wurde stürmisch, auch eine Anzahl der preußischen Staatsminister war dazu getreten. Schließlich gaben nach Schwankungen besonders die Darlegungen der Minister Schiffer und Noske, welcher den festen Willen bekundete, den Kampf von außen aufzunehmen, den Ausschlag für die Abreise.*

.....

Als erster gab Kapp auf. Am Mittwoch, dem 17. März, dem fünften Tage des Putsches, erklärte er am Nachmittag seinen Rücktritt mit der Maßgabe, dass er die vollziehende Gewalt dem Militäroberbefehlshaber General von Lüttwitz zurückgegeben habe. Von dem sei ihm das Amt übertragen worden. Auch Lüttwitz war zum Rücktritt bereit, versuchte jedoch, verbindliche Zusagen der Regierung über die Erfüllung einiger Forderungen der Putschisten und über eine Amnestie für ihn und die am Putsch Beteiligten zu erlangen. Aber im Reichswehrministerium, insbesondere in der unter der Leitung des Majors von Schleicher stehenden neu gebildeten Dienststelle „für innen- und militärpolitische Angelegenheiten“, hatte man immer schon die korrekte Zusammenarbeit mit dem Reichspräsidenten und der Regierung vertreten und den Putsch von Anfang an abgelehnt.

Damals war Schleicher über seine persönlichen Kontakte zu Ebert hinaus politisch noch kaum in Erscheinung getreten. Später erinnerte sich Noske, Schleicher habe *die furchtbaren Schwierigkeiten in den Jahren nach 1918 im Reichswehrministerium miterlebt und sie nicht vergessen, sondern daran gelernt*¹¹. Als Lüttwitz nun von maßgebenden Offizieren aus dem Reichswehrministerium und von Truppenführern zum Rücktritt gedrängt wurde, richtete er gegen Abend des 17. März ein „Abschiedsgesuch“ an den Vizekanzler Schiffer als Vertreter des Reichspräsidenten.

So hätte der Fünf-Tage-Putsch tatsächlich eine Köpenickiade bleiben können. Es war auch kein durchdachter Plan, sondern ein unüberlegter spontaner Ausbruch gewesen. Später flohen Kapp nach Schweden und Lüttwitz nach Ungarn, um ihrer Verhaftung zu entgehen. Was der Putsch ausgelöst hatte und noch auslöste, war folgenschwerer als der Putsch-Versuch selbst, am folgenschwersten vielleicht das, was sich gegen Noske zusammenbraute.

Leseprobe aus dem Kapitel „Der Feind steht rechts“

... schon im Herbst 1919, also Monate vor dem Putsch, hatte Philipp Scheidemann in einer Rede und in seinem ohne Namensnennung auf Noske gezielten Zeitungsartikel die Parole ausgegeben: *Der Feind steht rechts!* Noske spricht von einem „Schlachtruf“, geht an dieser

¹⁰ Wette, S. 641

¹¹ Erlebtes, S. 310

Stelle allerdings nur auf die Vorgänge um den Hindenburg-Besuch in Berlin im November ein, der den Anlass zu Scheidemanns Artikel gebildet hatte¹². Tatsächlich war der Satz zunächst ein Schlachtruf gegen das „System Noske“ gewesen, gegen Noskes Brücke zwischen der Reichswehr und dem neuen Regime. Noske räumt ein, dass *die Rechtsopposition nicht so scharf angefasst wurde wie die revolutionären Parteien*, was jedoch, so schreibt er weiter, *seinen Grund darin hatte, dass rechts zwar auch scharf geredet und geschrieben, aber doch nicht zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wurde*.

.....

Die Parole „Der Feind steht rechts“ wurde schon kurz nach dem Zusammenbruch des Kapp-Lüttwitz-Putsches und der Niederschlagung der revolutionären Aufstände von dem Mitglied des SPD-Parteivorstands Otto Wels im Reichstag wiederholt. Später wurde sie auch von linken Politikern anderer Parteien aufgegriffen, so vor allem von dem Sprecher des linken Zentrums-Flügels Joseph Wirth als Reichkanzler in einer denkwürdigen Rede am 25. Juni 1922, dem Tag nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walter Rathenau. Das war nun wirklich ein durch keinerlei linksradikale Umsturzversuche provoziertes Mordreine Terrors von rechts gewesen, der jetzt immer mehr um sich griff.

Aber die Parole „Der Feind steht rechts“ wurde ja nicht so verstanden und war auch nicht so gemeint, dass es einen Feind gebe, der auf der rechten Seite zu finden sei, sondern sie erklärte schlechthin alles was rechts ist zum Feind. Es scheint keine fundierte unabhängige Untersuchung darüber zu geben, ob und inwieweit diese Diskriminierung eines großen Teils nicht nur der ehemals führenden Schichten, sondern des ganzen deutschen Volkes zu der sich nun vollziehenden Radikalisierung in der deutschen Innenpolitik beigetragen hat.

.....

Es gab auf der rechten Seite und besonders in der Reichswehr, die man allenfalls als preußisch-militaristisch schelten, aber weder der Bourgeoisie noch dem Kapitalismus zurechnen kann, auch durchaus die Zeichen einer anderen Zeit erkennende Persönlichkeiten. Kurt von Schleicher hatte schon als Generalstabsoffizier im Weltkrieg das Missverhältnis zwischen den Leiden der Soldaten und der Bevölkerung auf der einen und den Gewinnen in der Rüstungsindustrie auf der anderen Seite gesehen, was Noske 1916 in seiner Reichstagsrede angeprangert hatte. Im November 1918 hatte Schleicher als politischer Referent des Generals Groener die Zusammenarbeit mit Ebert betrieben. Auch Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord und - bei aller Undurchsichtigkeit und bei allem, was Noske an ihm kritisiert - Hans von Seeckt standen zur Republik und auch zu den sozialdemokratisch geführten Regierungen.

Ein Mitarbeiter Schleichers in der innenpolitischen Abteilung des Reichswehrministeriums hatte schon 1919 die in diesen Kreisen verfolgten Ideen einmal so ausgedrückt: *Konservative und Arbeiter müssen eines Tages zusammengehen und die nötigen sozialen Riesen-Reformen schaffen*. Darauf wird noch einmal zurückzukommen sein. Aber sie Alle und etliche Andere gehörten nun für die Mehrheit der sozialdemokratischen Theoretiker und zahlreicher Führer in das rechte Feindbild.

Das sollte Ende 1932 / Anfang 1933 für die Weimarer Republik und für Deutschland noch zum Verhängnis werden. Da war Kurt von Schleicher Reichswehrminister und nun auch Reichkanzler geworden und strebte eine Regierung quer zu den politischen Frontlinien mit Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten und unter dem Schutz der Reichswehr gegen die Radikalen rechts und links an, die inzwischen den Reichstag dominierten. Vorsitzender der

¹² Noske, Erlebtes. S 148 ff, zum folgenden bis S. 157 u. S. 160 f.

sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war Rudolf Breitscheid geworden, der mit den „Unabhängigen“ wieder in die SPD zurückgekehrt war. Als er von den Kontakten Schleichers mit den Gewerkschaftlern erfuhr, bestellte er den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu sich und erklärte ihm, die Fraktion lehne jede Zusammenarbeit „mit dem Reaktionär Schleicher“ ab und erwarte das auch von ihm. Dann blieb nur noch Hitler, und Noske schrieb:

Wen die Götter verderben wollen ...

Nie ist eine politische Situation gründlicher verkannt worden.

Leseprobe aus dem Kapitel „Oberpräsident der Provinz Hannover“

Zweimal in seiner Amtszeit als Oberpräsident wurde Noske eine Kandidatur für den Reichstag angeboten, 1923/24 für den Land- und Stadtkreis Harburg und 1927/28 für den Kreis Weser/Ems. Im Fall Harburg stellte sich Noske auch einer Parteiversammlung vor und fand wieder starken Beifall. In beiden Fällen gab es aber sofort Widerstand aus der Partei und in der sozialdemokratischen Presse. Im ersten Fall kam es so weit, dass kurz vor dem Termin zur Bekanntgabe der Kandidatenaufstellung seine Kandidatur von dem Parteivorstand untersagt wurde. Im letzten Fall gab es auch schon innerhalb des Kreisverbandes Widerstand, und Noske verzichtete frühzeitig auf die Kandidatur. Er trat auch nicht mehr in Parteiversammlungen auf. Zwar wurde er trotz seiner Widersacher immer noch dazu eingeladen. Aber er wollte nicht mehr nur noch für volle Versammlungssäle sorgen, ohne politisch etwas bewirken zu können.

Am 9. Juli 1928 gingen ihm jedoch auch von führenden und ehemals führenden Sozialdemokraten in großer Zahl Glückwünsche zu seinem 60. Geburtstag zu. Der gerade zum zweiten Male Reichskanzler gewordene Hermann Müller erinnerte an die schwere Zeit, in der Noske als Mitarbeiter Friedrich Eberts seine *ganze Kraft für das Gelingen des Werkes von Weimar und alsdann für die Sicherung der dort geschaffenen republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches eingesetzt* habe. Der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen und Vertreter der Stadt Bremen erinnerten an Noskes seinerzeitiges entscheidendes Eingreifen. Der sozialdemokratische preußische Innenminister Albert Grzesinski als der unmittelbare Vorgesetzte des Oberpräsidenten übermittelte die Glückwünsche der preußischen Regierung und hob ebenfalls die großen Verdienste hervor, die Noske *sich in den stürmischen und gefährvollen Tagen des Zusammenbruchs und in den darauf folgenden schweren Zeiten erworben habe unter Einsetzung seiner ganzen kraftvollen Persönlichkeit als mutiger Vorkämpfer für die Aufrechterhaltung der staatsnotwendigen Ruhe und Ordnung.*

Der preußische Ministerpräsident Braun übersandte seine persönlichen Glückwünsche. Der ebenfalls sozialdemokratische ehemalige preußische Ministerpräsident Hirsch wünschte Noske, dass er noch viele Jahre der Sache dienen möge, der er als Jüngling die Treue geschworen habe und der er die Treue gehalten habe, ohne um Dank und Anerkennung zu buhlen. Es werde die Zeit kommen, in der Noskes Verdienste um die Festigung der Republik auch von denen anerkannt werden würden, die ihn mit Undank belohnt hätten.

Wegen der Fülle weiterer Glückwünsche auch von anderen Parteien, von General Groener, aus der Bevölkerung, in der Presse und allgemein aus der Provinz Hannover, auch wegen kritischer Äußerungen, sei auf Bode „Gustav Noske als Oberpräsident der Provinz Hannover“¹³ verwiesen. Hier ist – im Hinblick auf die schon damals verbreitete und heute,

¹³ S. 816 ff.

soweit noch von ihm die Rede ist, ganz überwiegend herrschende Ablehnung Noskes – von Interesse, dass er damals viele sehr konkret und substantiiert anerkennende, auch dankbare Würdigungen seines Wirkens in der Anfangszeit der Weimarer Republik erfahren hat, insbesondere von Seiten sozialdemokratischer Parteigenossen, die diese Zeit miterlebt hatten. Es wäre mehr als acht Jahre danach und nachdem Noske inzwischen schon acht Jahre Oberpräsident der Provinz Hannover war, ja nicht mehr nötig gewesen, in erster Linie gerade darauf abzustellen, entsprach also ersichtlich einem Bedürfnis der Absender.

Leseprobe aus dem Kapitel „Anmerkungen und Gedanken“

Wette nennt ihn (*Noske*) schon in der Einleitung einen *überzeugten deutschnationalen Sozialdemokrat preußischer Prägung* - eine Aussage, die sich als tendenzfrei lesen lassen könnte, aber unzweifelhaft eine Tendenz hat: „deutschnational“ mit von dem Historiker Wette wohl kaum ungewollten Anklang an den Namen der Hugenbergpartei - und „preußisch“ in gedanklicher Verbindung mit Militarismus und Obrigkeitsstaat. Wette habe Noske damit „treffend charakterisiert“, schrieb „Der Spiegel“ in einer Besprechung des Buches und resümiert: *Keiner wie die Mehrheitssozialdemokraten bewahrte nach dem Kriege die kaiserlichen Machteliten vor revolutionärem Machtverlust. Allen voran Noske, der, zuerst in Kiel, sodann im Reich, für Ordnung, die alte Ordnung, und Ruhe sorgte.*

Wette ist vor allem mit militär-, insbesondere wehrmachtkritischen Forschungsarbeiten, Büchern und Aufsätzen hervorgetreten. Darunter bildet die Noske-Biographie keine Ausnahme. Das zeigt sich auch bei Einschüben in anderen Zusammenhängen, so wenn er bei der erstmaligen Erwähnung des damaligen Kapitänleutnants Canaris hinzufügt: *der Mann, der später Hitlers Abwehrchef werden sollte*. Gegen die Wahrheit ist nichts einzuwenden. Ebenso wahrheitsgemäß hätte man sagen können „der später im Widerstand gegen Hitler stand“ und „der im KZ Flossenbürg hingerichtet wurde“. Aber wenn man (ohne sachliche Notwendigkeit) das eine sagt und das andere weglässt, hat das eine Tendenz.

Sieht man von der negativen Auslegung der Begriffe „deutschnational“ und „preußisch“ ab, so ist „überzeugter deutschnationaler Sozialdemokrat preußischer Prägung“ allerdings tatsächlich eine treffende Charakterisierung. Ja, Noske war ein bekennender Preuße, wie es übrigens auch Sebastian Haffner war, auf dessen Bücher über den vermeintlichen Verrat an der Revolution von 1918 sich Wette an anderer Stelle beruft, sowie auch Otto Braun, der langjährige preußische Ministerpräsident, zu dessen Zeit Preußen als demokratisches Bollwerk gegen den zunehmenden rechten Radikalismus galt. Ebenso war Noske ein deutscher Patriot, für den die Nation zu den höchsten Gütern zählte - wie auch für viele andere Sozialdemokraten von Friedrich Ebert und Otto Braun bis zu Kurt Schumacher und Helmut Schmidt.

Leseprobe aus dem „Nachtrag“

Gustav Noske war schon bei der Offiziersverschwörung vom September 1938 als Minister in einer nach vorübergehender Militärdiktatur zu bildenden Zivilregierung vorgesehen und blieb auch nach Absage der Verschwörung mit sozialdemokratischen und anderen zivilen Beamten im Gespräch über Widerstandspläne¹⁴. Bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 wurde er an demselben Tage von der Gestapo festgenommen, blieb mehrere Monate in Haft und wurde

¹⁴ hierzu und dem folgenden Bode, S. 1083 ff; Hofmann, S. 124, 135, 421 f., 635

dann, ohne vernommen worden zu sein, wieder entlassen. Etwa ab Herbst 1943 war er in einigen Widerstandskreisen als politischer Beauftragter im Wehrkreis Kassel vorgesehen, während in anderen sein Verbleib in Frankfurt gewünscht wurde.

In der Nacht vom 22. auf den 23. Juli 1944 wurde er wieder von der Gestapo verhaftet und erst in das KZ Fürstenberg in Mecklenburg, dann in das Gestapogefängnis in Berlin verbracht. Einer Verhandlung vor dem Volksgerichtshof konnte er mit Hilfe von Ärzten, die ihn aus seiner Zeit als Reichswehrminister kannten, immer wieder wegen Krankheit, Hinfälligkeit und Verhandlungsunfähigkeit entgehen. Als Ende April 1945 Berlin schon unter Beschuss durch die sowjetrussische Artillerie lag, wurden zahlreiche Häftlinge willkürlich erschossen, andere einfach freigelassen, unter den letzteren auch Noske. Völlig entkräftet wurde er von ehemaligen Mithäftlingen auf einem Handwagen aus dem Schussbereich gezogen. Es gelang ihm dann, in den Westen zu entkommen, da er, wie er vorher schon gesagt hatte, von den Sowjets ebenfalls umgebracht worden wäre.

Nach Kriegsende wurde der Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf Regierungspräsident in Hannover und schlug – wie auch Gustav Bradtke – wieder Noske als Oberpräsidenten vor. Die Militärregierung setzte jedoch Kopf als Oberpräsidenten ein, der dann nach Bildung des Landes Niedersachsen auch dessen erster Ministerpräsident wurde. Im Mai 1946 nahm Noske an dem Gründungsparteitag der Sozialdemokraten in Hannover teil. Die Kommunisten hatten inzwischen wieder ihre Agitation gegen Noske aufgenommen. Kurt Schumacher wies das zurück und stellte sich demonstrativ mit Noske zusammen – Beide noch schwer gezeichnet aus den Zeiten ihrer Haft.

II. Kurt von Schleicher

Leseprobe aus dem Kapitel „Im Generalstab“

Nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik kam es zu engen Kontakten Schleichers mit dem zeitweiligen geschäftsführenden Reichskanzler und späteren ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Eine eindrucksvolle Beurteilung über Schleichers Tätigkeit in der Abteilung für politische Angelegenheiten findet sich in einem Brief des damals als Major und vertrauter Mitarbeiter Groeners¹⁵ auch dem Großen Generalstab, später als General dem Reichswehrministerium angehörenden Erich Freiherr von dem Bussche-Ippenburg: *Schleicher geriet zum erstenmal im November 1918 als Berater Groeners in die Fänge der Politik. Das Bündnis der damaligen OHL (Obersten Heeresleitung) mit Ebert war sein Werk. Ohne seinen klugen Rat hätte Groener es nie abgeschlossen. Das Bündnis rettete unser Vaterland vor dem Kommunismus. Ein unvergängliches, viel zu wenig bekanntes Verdienst Schleichers! Das Bündnis wurde von beiden Seiten ehrlich gehalten*¹⁶. Magnus Freiherr von Braun, Reichslandwirtschaftsminister in den Kabinetten Papen und Schleicher, schreibt in seinen sonst durchaus auch schleicherkritischen Erinnerungen: *Historisch bleiben Schleichers Verdienste um die Rettung der Republik vor Spartakus im Jahre 1918*¹⁷.

¹⁵ Groener, S. 468 mit Fußnote 4

¹⁶ Brief an Schlange-Schöninggen vom 21.6.1957, Institut für Zeitgeschichte, München ZS 217

¹⁷ zitiert bei v. Plehwe, Reichskanzler Kurt von Schleicher - Weimars letzte Chance gegen Hitler, S. 23

Leseprobe aus dem Kapitel „Im Reichswehrministerium“

In dem Kreise der Offiziere seiner Dienststelle fand Schleicher immer tatkräftige und treue Unterstützung. Dazu gehörten inzwischen auch der Hauptmann Eugen Ott und der Oberleutnant Vincenz Müller. Beide haben darüber geschrieben.

An dieser Stelle sei ein kurzer Blick auf Vincenz Müllers ganz aus dem Rahmen der Karrieren deutscher Offiziere fallenden weiteren Lebenslauf geworfen. Im zweiten Weltkrieg wurde er Generalleutnant, erhielt das Ritterkreuz, wurde im Russlandfeldzug Kommandierender General des XII. Armeekorps und stellvertretender Oberbefehlshaber der 4. Armee. Am 8. Juli 1944 ergab er sich mit der 4. Armee den sowjetischen Truppen, geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft und schloss sich dort dem nach Stalingrad entstandenen „Nationalkomitee Freies Deutschland“ an. Nach dem Kriege beteiligte er sich in der sowjetischen Besatzungszone, später DDR, am Aufbau der „Kasernierten Volkspolizei“, aus der die „Nationalen Volksarmee“ hervorging, und wurde schließlich Stellvertreter des Verteidigungsministers Willi Stoph, des späteren Ministerpräsidenten der DDR.

In den 1950er Jahren hatte er Kontakte zu der „Organisation Gehlen“, dem westdeutschen militärischen Geheimdienst, sowie zu dem damaligen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer von der CSU. Über diese und seine letzten Jahre gibt es einige Unklarheiten. So soll er Ende 1957 in Ungnade gefallen sein. 1958 wurde er offiziell wegen eines Herzleidens in den Ruhestand versetzt. Im Mai 1961 nahm er sich das Leben. Es gab Gerüchte, er sei damit einer unmittelbar drohenden Verhaftung zuvorgekommen. In der DDR wurde sein Selbstmord geheim gehalten. Vincenz Müller erhielt ein Staatsbegräbnis, wobei vor allem seine Verdienste um die Volksarmee gewürdigt wurden. Seine unvollendeten Memoiren und weitere Aufzeichnungen von ihm wurden 1963 von dem DDR-Historiker Klaus Mammach mit dem Titel „Ich fand das wahre Vaterland“ herausgegeben. In einem umfangreichen Vorwort schrieb Mammach dazu eine inhaltlich und im Sprachgebrauch ganz im Propagandastil der DDR gehaltene Kurzbiographie Müllers, in der er als der geläuterte, auf Frieden und soziale Gerechtigkeit ausgerichtete General den „revanchistischen“ und „reaktionären“ ehemaligen Wehrmachtgeneralen im Westen gegenübergestellt wird.

Dem Widerstand gegen Hitler kann Müller nicht zugerechnet werden. Allerdings findet sich in seinen Memoiren ein höchst interessanter Bericht über einen Kontakt mit den nach dem 20. Juli 1944 verhafteten und 1944 bzw. 1945 hingerichteten Widerstandsoffizieren von Witzleben und Oster vom 7. November 1939, also unmittelbar nach dem Polenfeldzug. Oster habe ausgeführt, *dass das Vorgehen gegen die polnische Bevölkerung, namentlich die Intelligenz, Empörung und Mißstimmung im Heer hervorgerufen hätte. Noch vor dem Antreten gegen den Westen müsse gehandelt, also Hitler beseitigt werden*¹⁸. Oster habe auch den Generalleutnant Karl Heinrich von Stülpnagel und den damaligen Oberstleutnant von Treskow genannt. Aber von Widerstandshandlungen Müllers oder weiteren Kontakten ist nicht mehr die Rede, bis er – eigenartigerweise knapp 14 Tage vor dem Attentat vom 20. Juli 1944, aber ohne einen Zusammenhang damit – die bemerkenswerte Tat beging, in aussichtsloser Lage seine Armee nicht, wie in Stalingrad geschehen, zu opfern, sondern mit ihr zu kapitulieren.

¹⁸ Vincenz Müller, S. 369

Leseprobe aus dem Kapitel „Reichswehrminister“

Schon gleich nach Bildung der Regierung Papen hatte auf deren Veranlassung der Reichspräsident den Reichstag wieder aufgelöst und auf den 31. Juli 1932 Neuwahlen angesetzt. Das Ergebnis war noch schlimmer als bei der Wahl knapp zwei Jahre zuvor. Die Nationalsozialisten zogen mit 230 Abgeordneten statt zuvor 107 in den neuen Reichstag ein und bildeten nun die stärkste Fraktion. Die Kommunisten stellten 89 statt 77. Abgesehen von dem Zentrum und der Bayrischen Volkspartei, die geringe Zuwächse erzielten, verloren alle anderen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, weiter an Stimmen und Abgeordneten. Eine parlamentarische Mehrheit wäre nur noch mit den Nationalsozialisten oder mit den Kommunisten möglich gewesen.

.....

Rechnerisch möglich wäre nach wie vor eine Koalition von Zentrum und Nationalsozialisten gewesen, und es fanden, wie schon erwähnt, auch lose Gespräche darüber statt. Aber abgesehen von der grundsätzlichen Abneigung beider Seiten gegeneinander, scheiterte sie auch an Hitlers Anspruch auf die Kanzlerschaft. Ein engagierter Gegner der Nationalsozialisten war der Zentrumspolitiker Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der späteren Bundesrepublik Deutschland, der damals Oberbürgermeister von Köln und als solcher Mitglied des preußischen Herrenhauses, zeitweilig auch preußischer Staatsratsvorsitzender war. Es wird berichtet, im Frühjahr 1932 habe er auf einer Zentrumsversammlung von Prominenten zum Entsetzen der meisten Anwesenden erklärt, Hitler verstehe doch nur eine Sprache, *die von Pulver und Blei, und wenn wir sie nicht bald mit ihm reden werden, dann wird er sie in einem Jahre mit uns reden*¹⁹.

Schon am 7. VII., also noch vor dem Wahltag, hatte der Diplomat Kurt von Lersner an Schleicher geschrieben und über ein Gespräch mit Adenauer berichtet²⁰. Adenauer habe erklärt, er sei immer ein Gegner Brünings gewesen und habe den „dringenden Wunsch“ geäußert, Schleicher kennen zu lernen. Er, Lersner habe ihm versprochen, das bei einem Essen bei ihm zu vermitteln. Schleicher hat dazu am Rande dick vermerkt: „ja“. Dass Adenauer und Brüning, die beide dem Zentrum angehörten, sich überhaupt nicht verstanden, zeigte sich auch noch nach dem Kriege, als Adenauer Bundeskanzler war. Auf die Rückkehr Brünings nach Deutschland reagierte er gänzlich desinteressiert, und Brüning erwähnt in seinen Memoiren nur beiläufig und mit mehr oder weniger negativer Tendenz „den Kölner Oberbürgermeister“. Der Name Adenauer kommt in dem ganzen Buch nur zweimal vor.

Lersner stellte übrigens Ende der 1940er Jahre mittelbare erste Kontakte zwischen Adenauer und de Gaulle her, indem er den General, den er von früher kannte und der sich damals zeitweise ganz aus der aktiven Politik zurückgezogen hatte, mehrfach auf dessen Landsitz besuchte. Über das 1932 offenbar von Adenauer und Schleicher gleichermaßen gewünschte Gespräch ist anscheinend nichts überliefert.

.....

Schleicher andererseits nahm Kontakte zu dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP Straßer auf. Kontakte hatte es – mindestens indirekt – schon früher gegeben. Es gab in Berlin einen Zahnarzt Dr. Helmut Elbrechter, der sich unabhängig mit wirtschafts-, sozial- und allgemeinpolitischen Fragen befasste und u.a. als freier Mitarbeiter Aufsätze in der Monatszeitschrift „Tat“ schrieb. Straßer hatte sich schon lange maßgebend mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, bei Zunahme der Arbeitslosigkeit insbesondere Fragen der Arbeitsbeschaffung befasst und stand auch schon lange mit Elbrechter in Verbindung. Die „Tat“ und die „Tägliche Rundschau“ standen seit Ende der zwanziger Jahre in enger

¹⁹ Strobel, Adenauer und der Weg Deutschlands, S. 29

²⁰ Nachlass Schleicher N 42, 22

Verbindung zu Schleicher, der dadurch Elbrechter kennen und schätzen gelernt hatte. So war Elbrechter zu einer Art Verbindungsmann zwischen Schleicher und Straßer geworden²¹. Nun traten sie auch direkt in Verbindung.

.....

Auch mit den Gewerkschaften stand Schleicher in Verbindung. Am 28. November 1932 hatte er ein ausführliches Gespräch mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) gehabt. Der Vorsitzende Theodor Leipert hatte zuvor schon in einer Rede vom 14. Oktober u.a. von dem *soldatischen Geist der Einordnung und Hingabe für das Ganze* gesprochen, und Straßer hatte die Rede ausdrücklich begrüßt. Nun hatte Schleicher mit ihm ausführlich die Möglichkeit einer Beteiligung von Gewerkschaftlern an einer Regierung erörtert, und Leipert hatte geäußert, wenn die Alternative Papen oder Schleicher laute, halte er es für seine Pflicht, ihn, Schleicher, zu bitten, dann den Regierungsauftrag anzunehmen²².

Leseprobe aus dem Kapitel „Reichskanzler“

Eine letzte Chance, über die innenpolitischen Schwierigkeiten hinwegzukommen, bot sich, als von Schleicher als Reichskanzler Papen ablöste, um einen Kurs der Versöhnung zwischen den Klassen zu steuern. Einige Male hatte ich in den letzten Jahren mit Schleicher gesprochen. Er hatte die furchtbaren Schwierigkeiten in den Jahren nach 1918, tätig im Reichswehrministerium, miterlebt und sie nicht vergessen, sondern daran gelernt.

Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, S. 310

... die Mehrheit der Bevölkerung hoffte – wenigstens in Berlin -, dass die Bemühungen des Kanzlers Kurt von Schleicher, des „sozialen Generals“, um eine Gewerkschaftsfront von rechts bis links Erfolg hätten. Damit wäre den Radikalen beider Färbungen der Wind aus den Segeln genommen worden. ...

Zuckmayer, „Als wär’s ein Stück von mir...“ S.448

.....

Seit Mitte Dezember erhielt Schleicher des öfteren Stimmungsberichte aus der Zentrale der NSDAP in München, so das Schreiben eines Kapitäns zur See Götting²³, abgefasst am 9. 12., aber offenbar noch in Unkenntnis von dem Rücktritt Straßers. Darin ist die Rede von einem Graf Rex und einem Korvettenkapitän a.D. Neureuther, und Götting schreibt, sie gehörten zur *Führung der immer mehr anwachsenden sich zuspitzenden Opposition innerhalb der Partei, die ihre Schritte mit den Ansichten des Reichskanzlers in Übereinstimmung bringen möchten. Sie wollen nichts anderes als die nationalsozialistische Bewegung von aller Korruption und Parteipolitik reinigen und in den Bahnen einer vernünftigen Staatspolitik an dem Aufbau des Vaterlandes mitarbeiten. Ihr Mann ist Strasser, den sie als den einzigen politischen Kopf in der N.S.D.A.P. erkannt haben.* (Unterstreichungen im Original)

.....

Etwa in dieser Zeit ließ Schleicher durch Generalmajor von Bredow der SPD Vorschläge für eine weitgehende Zusammenarbeit vortragen. In seiner Rundfunkansprache hatte er vermieden, der SPD Gründe zur Ablehnung zu geben. Nun war in seinen Vorschlägen vorgesehen, dass zwei Sozialdemokraten oder Gewerkschaftler in die Regierung

²¹ Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, insbesondere S. 128 f.

²² Axel Schildt, Die Weimarer Republik Band III 1929-33, Das Kabinett von Schleicher, Online-Angebot der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, pdf-Version, S. 407

²³ dies und die folgenden aus Nachlass Schleicher N 42, 23

aufgenommen werden, dass aus den Wehrverbänden „Reichsbanner“ und „Stahlhelm“ ein einheitlicher Wehrverband gebildet wird und dass die anderen Wehrverbände verboten werden. Auch die NSDAP sollte verboten werden. Der Vorstand der SPD lehnte jedoch alles ab²⁴. So stellt Kunrat von Hammerstein fest: *Schleicher war mit den christlichen und wäre auch mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften einig geworden, wenn ihm die Parteileitung der SPD nicht den Weg verbaut hätte*²⁵

.....

Der sozialdemokratische damalige Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hoegner, der nach dem Zweiten Weltkrieg und vor Bildung der Bundesrepublik Deutschland von September 1945 bis Dezember 1946 der zweite bayerische Ministerpräsident werden sollte, hatte sich ebenfalls für eine Zusammenarbeit mit Schleicher verwandt. In seinen Erinnerungen unter dem auf ihn selbst bezogenen Titel „Der schwierige Außenseiter“ bemüht er sich, wie er im Vorwort darlegt, die Tatsachen ohne Wertung zu schildern und stellt fest: *Die Sozialdemokratie glaubte, den Zusammenbruch der Nazipartei in Ruhe abwarten zu können. Der Vorstand der Reichstagsfraktion ließ dringende Einladungen des neuen Reichskanzlers, General von Schleicher, der am 2. Dezember von Hindenburg ernannt worden war, zu mündlichen Besprechungen unbeantwortet.*

Weiter führt Hoegner dazu aus: *Jetzt wandte sich der Reichskanzler von Schleicher an die Arbeiterschaft und malte das verlockende Bild eines Bündnisses zwischen Arbeitern und Soldaten an die Wand. ... Vielleicht war eine Politik, wie sie Schleicher jetzt einleiten wollte, nicht durchführbar. Allein der Versuch, die nationalsozialistische Partei in einen Hitlerflügel und einen Straßerflügel zu spalten und der Sozialdemokratie oder doch den Gewerkschaften Einfluss auf die geistige Haltung der Reichswehr zu verschaffen, durfte nicht von vornherein abgelehnt werden. Dazu hätte freilich der Bruch mit den Formeln der Theoretiker, schöpferische politische Phantasie und politischer Wagemut gehört.*

Hoegner weist auch darauf hin, dass die Führer des sozialdemokratischen „Reichsbanner“, Hörsing und Höltermann, persönliche Verbindungen zu maßgebenden Männern der Reichswehr hergestellt hatten, jedoch durch den Argwohn des Parteivorstandes ständig gestört wurden. Er selbst, Hoegner, sei von einem Reichstagskollegen von der Bayerischen Volkspartei gebeten worden, seine Partei für eine Verständigung mit General von Schleicher zu gewinnen. Er habe die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über die Besprechung unterrichtet, ohne ihre Haltung gegenüber von Schleicher ändern zu können²⁶. Auch Noske hat sich nachdrücklich bemüht, seine Partei zu einer Verständigung mit Schleicher zu bewegen.

Wie Meißner berichtet²⁷, hat Hindenburg führende Abgeordnete der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei empfangen, die ihm alle, also auch die Sozialdemokraten, mehr oder minder deutlich den Rat gaben, Hitler mit der Bildung einer Rechtsregierung zu beauftragen. Die Beweggründe waren, so Meißner: *Hitler würde durch die Berufung zum Kanzler in die Verantwortung gestellt, und es werde sich dann bald herausstellen, dass er seine Versprechungen, mit denen er die Millionen Wähler hinter sich gebracht habe, nicht erfüllen könne. Er würde dann bald abwirtschaften, und seine Wähler würden wieder zu den alten Parteien zurückfinden.* Es besteht kein Grund, an dieser Darstellung Meißners zu zweifeln, zumal sie von Hoegner, was die Sozialdemokraten betrifft, ja bestätigt wird. In der Tat konnte es vor allem für die Sozialdemokraten keine weiteren

²⁴ v. Plehwe S. 290

²⁵ Frankfurter Hefte, 1956 S. 119

²⁶ Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, S. 71,73, 74, 79

²⁷ Meissner, S. 256

Möglichkeiten mehr geben. Bei der einzig noch möglichen Wahl zwischen Schleicher und Hitler spielte ihre Führung Vabanque und zog Hitler vor in der Hoffnung, er werde sich bald selbst erledigen.

.....

General von dem Bussche hat 1953 dem Sohn Hammersteins in einem Brief berichtet, Schleicher, Hammerstein-Vater, er und ein weiterer General (also wohl Bredow) hätten sich am Vormittag des 29. Januar gegen 10 Uhr getroffen, um die Reaktion der Reichswehr auf eine entgegen der zwei Tage zuvor gemachten Aussage Hindenburgs etwa doch erfolgenden Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu erörtern. Dabei seien alle vier Generale zu dem Ergebnis gekommen, dass es ausgeschlossen sei, die Reichswehr in irgendeiner Form gegen Hindenburg, ihren Oberbefehlshaber, einzusetzen²⁸.

Leseprobe aus:

III. Gedanken über Schleichers „Querfront“ und das „System Noske“

Gewerkschaften und Reichswehr - Arbeiterbewegung und Militär – das wäre mit Schleicher natürlich etwas ganz Anderes gewesen als die revolutionären „Arbeiter- und Soldatenräte“ - und die Verbindung nationaler und sozialer Ideen etwas ganz Anderes als der „National-Sozialismus“ Hitlerscher Prägung. Aber schon die sprachliche Nähe der Begriffe zeigt: Hier geht es um die großen Ideen der Zeit, Ideen, die auch schon der Politik Eberts und Noskes zugrunde lagen. Sie wollten ein demokratisches und sozialistisches, in der Realität mindestens ein soziales Deutschland; aber das Reich, das Vaterland, die Nation wollten sie erhalten. Sie waren (um den von Wette geprägten Begriff tendenzfrei aufzugreifen): deutschnationale Sozialdemokraten.

Schleicher war ein sozialer preußisch-deutscher General. In einer „Querfront“ seiner Vorstellung hätte die Sozialdemokratie zwar keine so große Bedeutung mehr gehabt wie sie das in dem „System Noske“ mit einer sozialdemokratischen Mehrheitspartei, einem sozialdemokratischen Reichspräsidenten und einem sozialdemokratischen Wehrminister hätte haben können. Diese Chance war vorbei. Aber einen die Politik und die Reichswehr mitgestaltenden Einfluss hätte sie haben können, und das wäre zumal mit Bezug auf die Reichswehr immer noch von erheblicher Bedeutung gewesen.

.....

Der nationalkonservative von Kleist-Schmenzin war einer der ganz wenigen – oder war er, abgesehen von Hammerstein, zuletzt der Einzige? –, der leidenschaftlich noch versucht hat, Hindenburg und Papen von einer Bestellung Hitlers abzuhalten. Am Anfang jedoch stand die Tatsache, dass das Parlament nicht mehr in der Lage war, einen Kanzler und eine Regierung zu tragen. Am Anfang versagte der Reichstag, danach erst versagte auch der Reichspräsident, und sein Versagen lag darin, dass er sich – wie zuvor mancher Gewerkschaftler – eine falsche Entscheidung einreden ließ, mag es auch letztlich seine bewusste eigene Entscheidung gewesen sein, nachdem er sich von seinen Beratern hatte überzeugen lassen. Bei aller unbestreitbaren Berechtigung des Vorwurfs gegen den Reichspräsidenten sollte also nicht übersehen werden, dass die Ursprünge anderswo lagen.

Da die starke Stellung, die der Reichspräsident in der Weimarer Republik hatte, später als mit ursächlich für das Scheitern der Weimarer Demokratie angesehen wurde, hat man im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland dem Bundespräsidenten nur eine politisch schwache, fast nur repräsentative Stellung zugebilligt. Dabei hätte aber doch ein

²⁸ Kunrat von Hammerstein, Frankfurter Hefte, Heft 3 aus 1956

handlungsfähiger Reichstag in der Weimarer Republik jederzeit die Notmaßnahmen des Reichspräsidenten, wenn es dann überhaupt dazu gekommen wäre, außer Kraft setzen können! Die Lähmung des Parlaments in der Weimarer Republik war doch vom Parlament selbst ausgegangen! Zur Bildung des ersten Präsidialkabinetts schrieb Hilferding: *Der Reichstag ist ein Parlament gegen den Parlamentarismus, seine Existenz eine Gefahr für die Demokratie, für die Arbeiterschaft, für die Außenpolitik*²⁹.

.....

Wenn Schleicher eine starke Staatsautorität und Staatsführung anstrebte, so lag ihm jedoch der Gedanke an eine Art von Diktatur völlig fern. Das zeigen nicht nur seine oft wiederholten Warnungen vor einem Regieren „auf den Spitzen der Bajonette“. Er hat es vielmehr auch auf andere Weise durch Worte und durch Handlungen immer wieder bekräftigt. In seiner Rundfunkrede vom 15. Dezember 1932 hat er sich, wie schon dargelegt, ausdrücklich und energisch gegen diejenigen gewandt, *die da meinen, eine autoritäre Staatsführung könne des Rückhalts im Volke entbehren, die darüber hinaus sogar jede Zusammenarbeit mit einem Parlament ablehnen*

Über das, was Schleicher in seinen schon behandelten Gesprächen mit Schäffer am 10. Januar 1933 zu seiner geplanten Kabinettsumbildung gesagt hat, vermerkte Schäffer, es habe *wörtlich dem Sprachgebrauch parlamentarischer Regierungschefs* entsprochen und brachte zum Ausdruck, Schleicher sei damit *zwangsläufig, wenn auch nicht gegen seinen Willen, zum Vorkämpfer des Parlamentarismus* geworden³⁰. Genauso – aber ablehnend - sahen es auf der rechten Seite auch die Anhänger Hugenberg, als die Deutschnationale Reichstagsfraktion am 21. Januar 1933 den „Verdacht“ zum Ausdruck brachte, *dass die jetzige Reichsregierung nichts Anderes bedeuten werde als die Liquidierung des autoritären Gedankens* Freund und Feind bekundeten also gleichermaßen, dass Schleichers Konzeption auf Erhaltung der parlamentarischen Demokratie hinauslief. Soweit Schleichers formale Staatsvorstellungen.

Und wie verhält es sich mit seinen inhaltlichen politischen Vorstellungen? Schlagwort „Querfront“? Selbst der überaus schleicherkritische Eyck erwähnt „Schleichers große Idee“³¹, der er zubilligt, „staatsmännisch gedacht“ zu sein. Auch Craig schreibt von „Schleichers großem Plan“. Die Möglichkeit, sich mit Strasser verbünden zu können, *eröffnete einem Gedanken, der bei Schleicher schon seit einiger Zeit keimte, eine reale Verwirklichungschance – der Idee einer Koalition zwischen Gruppen der Arbeiterbewegung (katholischen und unabhängigen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen der Nazis), die mit voller Unterstützung des Militärs in der Lage sein würde, nicht nur eine politische, sondern auch eine wohltuende geistige Revolution zu bewirken*³².

Es bedurfte wohl des zeitlichen Abstands von Jahrzehnten und des persönlichen und politischen Abstands eines aus Schottland stammenden Amerikaners (dem vielleicht auch die Eigenart der Persönlichkeit Schleichers mehr lag – Groener-Geyer vergleicht ihn u. A. mit Disraeli, dem britischen Premierminister in der Bismarckzeit³³), um Schleichers Konzeption voll zu würdigen und in einen größeren Zusammenhang zu stellen. So führt Craig weiter aus: *Die Ähnlichkeiten zwischen diesen Vorstellungen Schleichers und Ideen, wie sie Spengler in „Preußentum und Sozialismus“, Jünger in „Der Arbeiter“ und Schleichers Freund Hans Zehrer in seinen Leitartikeln in der „Tat“ zum Ausdruck brachten, sind verblüffend, wenngleich es zugegebenermaßen unmöglich ist zu sagen, wie unmittelbar diese Schriften das*

²⁹ zitiert bei Winkler, S. 498

³⁰ v. Pufendorf, S.302

³¹ Eyck, Bd. II, S.551

³² Craig, XV., 5.

³³ Groener-Geyer, S. 249

Denken dieses pragmatischen politischen Praktikers beeinflusst haben. Jedoch wird Schleicher als dieser pragmatische politische Praktiker kaum beeinflusst gewesen sein von Führer- und Kampfmythos, wie er in der politischen und philosophischen Literatur der Zeit auch vorkam.

Wer nach Alternativen zu Hitler fragt, darf sie nicht losgelöst von den Bedingungen und Stimmungen der Zeit suchen wollen. Die von Craig beobachtete *zunehmend antikapitalistische Stimmung, verbunden mit der tief verwurzelten Achtung vor dem Militär*³⁴, sowie die Realitätsnähe, die er einem Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und Militär zuschreibt, hatte ohne Zweifel auch mit dem Weltkriegserlebnis aller Klassen des Volkes zu tun. In beiden Rundfunkansprachen hatte Schleicher auf die Verwandtschaft der Ideen des Sozialen und der Kameradschaft unter Soldaten hingewiesen. Die Fronterlebnisse der Angehörigen aller Klassen im Schützengraben hatten eine andere Erfahrungswelt und eine andere Vorstellung von Solidarität geprägt als wirtschaftspolitische und soziologische Theorien.

.....

... die Verwirklichung von Schleichers Idee (*hätte*) die Ära Ebert und das „System Noske“ nachträglich in einem ganz neuen Licht erscheinen lassen. Der Kreis hätte sich geschlossen. Was sich aus dem Weltkrieg und der Revolution von 1918 entwickelt hatte, hätte sich über zeitweilige andere Versuche und über Widerstand und Verunsicherungen hinweg behauptet: die Zusammenarbeit aus ideologisch unterschiedlichen Lagern kommender, aber gleichermaßen vaterlandsliebender Kräfte - traditioneller Konservativer und sozialer Demokraten - zur Bewältigung umfassender sozialer Reformen und Abwehr der zerstörerischen Radikalen, das Ganze gestützt von Reichswehr und Gewerkschaften, vermittelt durch Schleicher, der schon von 1918 bis in die erste Hälfte der 1920er Jahre maßgeblich daran beteiligt gewesen war.

.....

Hitler hat die großen Ideen der Zeit, „Nationalismus“ und „Sozialismus“, die meist gegeneinander gestellt waren, mit dem Etikett „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ zusammengefasst und seinem Alleinherrschaftsanspruch unterworfen. Dem nüchternen und skeptischen Schleicher lagen „Ismen“ und Alleinherrschafts-Ambitionen fern. Aber er war national und sozial. Es sei noch einmal an Bismarcks Wort vom „Strom der Zeit“ erinnert, den man nicht schaffen, auf dem man nur rudern und steuern könne. Auch Schleichers Ideen lagen in der Zeitströmung. Es gab zwar im „Strom der Zeit“ den Strudel, der zu Hitler zog. Aber man brauchte nicht hineinzugeraten. Vielmehr spricht vieles dafür, dass Deutschland auf demselben Strom vielleicht schon 1920 mit Ebert und Noske und ein letztes Mal 1932/33 mit Schleicher und seiner Konzeption einen anderen, einen besseren Kurs hätte fahren können.

³⁴ a.a.O.

